



BMHS – Gewerkschaft

der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen

1080 Wien, Strozzigasse 2/4.Stock

Tel: 01/ 533 63 35, Fax: 01/402 35 24, Mail: office.bmhs@goed.at ZVR-Nr. 576439352

per Mail: begutachtung@bmb.gv.at

An das
Bundesministerium für Bildung
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Wien, 20. April 2017
Ga/Eß/Zl.136/17

Stellungnahme zu: Bildungsreformgesetz 2017 – Schulrecht

Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 hinsichtlich des Schulwesens, das Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, das Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz und das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert werden, ein Bundesgesetz über die Einrichtung von Bildungsdirektionen in den Ländern erlassen wird, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Schulorganisationsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Pflichtschülerhaltungs-Grundsatzgesetz, das Schulzeitgesetz 1985, das Minderheiten-Schulgesetz für das Burgenland, das Minderheiten-Schulgesetz für Kärnten, das Bundesgesetz BGBl. Nr. 420/1990, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge, das Hochschulgesetz 2005, das Schulpflichtgesetz 1985, das Berufsreifeprüfungsgesetz, das Pflichtschulabschluss-Prüfungs-Gesetz, das Schülerbeihilfengesetz 1983, das Privatschulgesetz, das Religionsunterrichtsgesetz, das Bildungsdokumentationsgesetz, das Schülervertretungengesetz, das BIFIE-Gesetz 2008 sowie das Bildungsinvestitionsgesetz geändert werden und das Bundes-Schulaufsichtsgesetz aufgehoben wird - BMB-12.660/001-Präs.10/2017

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die BMHS-Gewerkschaft bedankt sich für die Übermittlung des oben angeführten Entwurfes und nimmt dazu wie folgt Stellung:

a)

Allgemeines

Die BMHS-Gewerkschaft unterstützt Maßnahmen, die zu einer sinnvollen Schulautonomie führen. Beim sich derzeit in Begutachtung befindlichen „Bildungsreformgesetz 2017 – Schulrecht“ handelt es sich aus Sicht der BMHS-Gewerkschaft um ein Strukturpaket, dessen Maßnahmen unter dem Diktat der Kostenneutralität stehen.

In diesem Zusammenhang weist die BMHS-Gewerkschaft mit Nachdruck darauf hin, dass Österreichs Schulwesen massiv unterfinanziert ist. Innerhalb von knapp zwei Jahrzehnten wurde der Anteil des Brutto-Inlandsprodukts, der dem Schulwesen zur Verfügung steht, drastisch, nämlich von 4,3 % auf 3,2 %, gekürzt. Im selben Zeitraum wurde in den Niederlanden, dem oft zitierten Vorzeigeland für Schulautonomie, der BIP-Anteil von 3,1 % auf 3,8 % erhöht.

Damit Österreichs Schulwesen über Ressourcen verfügt, die dem OECD-Mittelwert (3,8 %) entsprechen, müssten ihm jährlich zwei Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Dieses Volumen würde den Bewegungsspielraum schaffen, den Schulen brauchen, um effektiv autonom gestalten zu können.

Aus Sicht der BMHS-Gewerkschaft tragen die vorgesehenen Gesetzesänderungen kaum dazu bei, dass Probleme, mit denen Schule tagtäglich konfrontiert ist, gelöst werden. Wie mehrmals in den Verhandlungen betont, muss Schulautonomie mehr als strukturelle Veränderungen bedeuten – sie muss der „Schule“ – also Schüler/innen, aber auch Eltern und Lehrer/innen – Nutzen und Verbesserungen bringen.

Beispielsweise sei folgendes erwähnt:

- ✓ **Mehr Freiheit**
- ✓ **in der Methodik und Pädagogik am Standort**
- ✓ **für guten Unterricht durch weniger Verwaltung und Bürokratie**
- ✓ **durch Support für Leiter/innen, Lehrer/innen und Schüler/innen**
- ✓ **durch eine Vielfalt hochwertiger Fortbildungsangebote**
- ✓ **durch mehr Ressourcen für zusätzliche Unterrichtsangebote**
- ✓ **durch verlässliche Rahmenbedingungen**

Künftig soll es verstärkt zu einer verschränkten und den regionalen Bedürfnissen abgestimmte Schulpolitik kommen. Mit höheren Schulausgaben wird zu rechnen sein. Beispielsweise in PR, zusätzlichen Reiseabgeltungen für Fort- und Weiterbildungsprogramme für die regional angepassten Kursangebote, verpflichtende Weiter- und Fortbildung im pd, erhöhter Bedarf an finanzieller Abgeltung aufgrund der NOST zur Abdeckung der zusätzlichen administrativen Belastungen und vieles mehr. Daher fordert die BMHS-Gewerkschaft eine bedarfsgerechte Ausweitung des Schulbudgets (UT8), um den Autonomiebestrebungen aus Lehrersicht Rechnung zu tragen.

b)

Artikel 7 (Bundesgesetz über die Einrichtung von Bildungsdirektionen in den Ländern):

Die BMHS-Gewerkschaft geht davon aus, dass durch die Errichtung der Bildungsdirektion zusätzliche Kosten anfallen. Dies darf auf keinen Fall zu einer finanziellen Benachteiligung der Schulen führen.

2. Abschnitt – Qualitätsmanagement:

Die Maßnahme eines umfassenden Bildungscontrollings unter dem Nimbus der Kostenneutralität ist absolut nicht nachvollziehbar. Zukünftig das „Schulklima“ zu bewerten wird – nicht zuletzt auch hinsichtlich der Mobbingprävention- begrüßt. Allerdings ist nicht geklärt, wie dieses nach wissenschaftlichen Kriterien erfasst werden soll.

Es soll laut Aussagen des Dienstgebers den Schulen mehr Autonomie gegeben werden. Gleichzeitig wird eine neue zentrale Stelle im bmb eingerichtet. Es besteht die Gefahr, dass der Verwaltungsaufwand durch das neue Berichtswesen an den einzelnen Schulen dadurch noch weiter erhöht wird.

Im § 2 Schulorganisationsgesetz ist die Aufgabe der österreichischen Schule sehr umfassend definiert. Nach dem nun vorliegenden Entwurf soll nun auf einmal an den Schulen sehr vieles gemessen werden. Dadurch tritt z.B. die Persönlichkeitsbildung oder die Vermittlung von Werten in den Hintergrund.

QIBB hat sich an unseren Schulen bewährt. Diese neue Form des Qualitätsmanagement stellt daher keine sinnvolle Weiterentwicklung aus Sicht der BMHS-Gewerkschaft dar.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die gesetzlichen Bestimmungen betreffend der Aufgaben der Schulaufsicht mit Ablauf des 31. August 2020 außer Kraft treten, solange die in den Erläuterungen angekündigte neue Schulaufsicht nicht definiert ist.

3. Abschnitt – Organisation der Bildungsdirektion:

Es ist absolut nicht nachvollziehbar, dass in der Begutachterkommission kein Dienstnehmervertreter/keine Dienstnehmervertreterin vorkommt. Dies widerspricht dem Ausschreibungsgesetz. Die BMHS-Gewerkschaft fordert deshalb die sinngemäße Anwendung des Ausschreibungsgesetzes bei der Besetzung der Bildungsdirektion.

c)

Artikel 9 (Änderung des Schulorganisationsgesetzes):

Die Aufhebung der Klassenschülerhöchstzahl und der Eröffnungs- und Teilungszahlenverordnung wird von der BMHS-Gewerkschaft abgelehnt.

Die BMHS-Gewerkschaft befürchtet extreme Verteilungskämpfe, denen zukünftig (Cluster)Direktor/innen ausgesetzt sind, da alle Lehrer/innengruppen ihre objektiv berechtigten Gründe für kleinere Schüler/innengruppen finden werden. Auch wenn mit den in § 8a Abs. 3 SchOG getroffenen Regelungen die Ressourcenzuteilung vom Bund an die Bildungsdirektionen stärker abgesichert ist als derzeit, besteht die Befürchtung, dass es zu einer Umschichtung zwischen den einzelnen Schulen kommt, vor der das Gesetz nicht mehr schützen würde. Da an allen Schulen Ressourcenmangel herrscht, kann man höhere Notwendigkeiten an einzelnen Standorten nur durch zusätzliche Mittel abdecken, und nicht durch eine Verschiebung. Das gilt jedenfalls hinsichtlich der Berücksichtigung des sozioökonomischen Hintergrundes.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Dienstgeber den Direktor/innen bzw. Clusterleiter/innen die volle Verantwortung auch in Sicherheitsfragen (fachpraktischer Unterricht) durch die Aufhebung der Eröffnungs- und Teilungszahlenverordnung überlässt. Anscheinend gibt es aber auch in diesem Punkt bereits Änderungsüberlegungen auf Seiten des Dienstgebers. In der Broschüre „Update Schule“ vom März 2017 wird auf Seite 21 darauf hingewiesen, dass: „Gefahrenenteiler, die zum Beispiel kleine Gruppen bei der Arbeit mit Maschinen in HTLs regeln, werden nicht abgeschafft.“ Die BMHS-Gewerkschaft kann allerdings die notwendige legislative Umsetzung im Begutachtungsentwurf noch nicht finden.

Die BMHS-Gewerkschaft unterstützt auch die Forderung der Arge-Fachvorständ/innen-EW im Hinblick auf die Gruppengröße im Gegenstand „Küchen- und Restaurantmanagement“. (siehe Beilage).

Sollte der Dienstgeber allerdings von der Aufhebung der Klassenschülerhöchstzahl sowie der Eröffnungs- und Teilungszahlenverordnung nicht abgehen, fordert die BMHS-Gewerkschaft, dass entsprechende legislative Vorkehrungen getroffen werden, damit das in § 8a Abs. 2 SchOG vorgesehene Prozedere schon im Schuljahr 2017/2018 wirksam werden kann. Ebenso wird in diesem Fall - wie schon in den Verhandlungen eingefordert - die Offenlegung der tatsächlichen Kosten aller Lehrpläne als Zuteilungsbasis verlangt .

Um die in den Erläuterungen dargestellte Vorgangsweise („Prozedere der Festlegung von Klassen- und Gruppengrößen“, S. 30) unmissverständlich auch im Gesetz zu regeln, fordert die BMHS-Gewerkschaft, dass § 8a Abs. 1 Z 4 SchOG so formuliert wird: „4. unter welchen Voraussetzungen Klassen und Schülergruppen zu bilden sind“.

Die in § 8a Abs. 1 Z 7 SchOG getroffene Regelung (Entscheidung der Schulleitung darüber, bei welcher Mindestzahl von SchülerInnen mit mangelnder Kenntnis der Unterrichtssprache Sprachstartgruppen und Sprachförderkurse zu führen sind) steht im Widerspruch zu § 8e Abs. 4 erster Satz SchOG („Sprachstartgruppen und Sprachförderkurse sind ab einer Schülerzahl von acht Schülern einzurichten ...“).

Die BMHS-Gewerkschaft **fordert die legitime Umsetzung** der Aussage von Frau BM Dr. Sonja Hammerschmid, dass der Zusammenschluss von Schulen zu einem **Schulcluster** ausschließlich auf freiwilliger Basis zu erfolgen hat. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass auch eine Verclustering gegen den Willen der Betroffenen erfolgen kann. Dies lehnt die BMHS-Gewerkschaft entschieden ab.

Schulversuche § 7 Abs. 3: „Die Dauer eines Schulversuches darf die Zahl der Schulstufen der Schule, an der der Schulversuch durchgeführt wird, zuzüglich zwei Schuljahre nicht übersteigen.“

Wie die BMHS-Gewerkschaft den Gesetzestext versteht, kann der Schulversuch erst nach Ablauf des dritten Durchgangs ins Regelsystem übernommen werden. Dadurch würden zB bei einem dreijährigen Schulversuch zwei Jahre "Vakuum" entstehen."

Die BMHS-Gewerkschaft fordert daher die Änderung der vorgesehenen Regelung dahingehend, dass nach einem erfolgreichen Anlaufen eines Schulversuchs in 3 Klassen oder Jahrgängen der Start in den folgenden Klassen oder Jahrgängen im Regelsystem ermöglicht wird.

d)

Artikel 12 (Änderung des Schulzeitgesetzes 1985):

§ 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 6 Schulzeitgesetz sieht die „Flexibilisierung der 50-Minuten-Stunde“ im Bundesschulbereich vor.

Im Ministerratsvortrag vom 18. Oktober 2016 heißt es dazu wörtlich: „Die 50-Minuten-Stunde soll pädagogisch geöffnet werden und sie bleibt Berechnungsgröße für die Personalbewirtschaftung und Ressourcenzuteilung. Für eine entsprechende Öffnung bedarf es der Zustimmung des Dienststellenausschusses.“

Die Zustimmung des Dienststellenausschusses ist im Gesetz zu verankern.

Erläuterungen Seite 25:

Die BMHS-Gewerkschaft **fordert die Streichung folgenden Satzes im 3. Absatz:** „Jedenfalls gebietet es nicht die im Entwurf vorliegende Norm, allerdings bleibt die

Gestaltungsfreiheit an den Schulen, im Rahmen der neu geschaffenen Möglichkeiten in einem Fach mehr Unterrichtseinheiten vorzusehen, als es eine 50-Minuten-Taktung erfordern würde.“

In den Erläuterungen findet man unter „Öffnung der 50-Minuten-Unterrichtsstunde“, dass die 50-Minuten-Stunde nur mehr als Berechnungsgröße für die Personalbewirtschaftung und Ressourcenzuteilung herangezogen wird.

Die BMHS-Gewerkschaft fordert, dass jenen Schulen bzw. Schularten, die in den Schulzeitverordnungen erlassene zeitlichen Sonderregelungen gemäß § 5 (1) SchZG haben, die gleichen Ressourcen wie bisher zur Verfügung gestellt werden.

Die BMHS-Gewerkschaft fordert, dass im § 4 (2) Schulzeitgesetz erster Satz die Wortfolge „ ... in den einzelnen Unterrichtsstunden...“ durch „... in den einzelnen Unterrichtseinheiten...“ ersetzt wird, um bei Stundenblockungen eine sinnvolle und angemessene Pausenregelung gewährleisten zu können.

e)

Artikel 16 (Änderung des Schulunterrichtsgesetzes):

Die BMHS-Gewerkschaft lehnt die Eingriffe in die Entscheidungsbefugnisse der Schulpartner ab (§ 64 SchUG). Sowohl die Rechte als auch das Verfahren sollen unverändert bestehen bleiben.

Im neu gestalteten § 66 bzw. § 66a sind Änderungen im Zusammenhang mit dem Schularzt bzw. der Schulärztin sowie bei der Gesundheitsvorsorge für die schulbesuchende Jugend geplant. Die BMHS-Gewerkschaft weist mit Nachdruck daraufhin, dass diese Änderungen auf keinen Fall dazu führen dürfen, dass Schulärzte abgeschafft bzw. outgesourct werden.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen



Mag. Roland Gangl
Vorsitzender

Kopie: Bundeskanzleramt (iii1@bka.gv.at und sonja.schremmer@bka.gv.at)
Präsidium des Nationalrates (begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)
ÖGB Sozialpolitik
GÖD Zentralsekretariat